

HESSSEN KANN'S!

UNSER LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2023 – KURZFORM



AfD

www.afd-hessen.de

Unsere wichtigsten Punkte im Überblick

1. Abschiebung forcieren

Die gewaltsame Austragung von Konflikten anderer Länder darf sich nicht auf Deutschland ausweiten. Ausländische Extremisten und Gefährder sind konsequent abzuschieben und mit einem dauerhaften Einreiseverbot zu belegen. Asylbewerber, die bei Straftaten mit einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden oder Reisen in ihr Heimatland unternehmen, haben ihren Schutzstatus als Asylbewerber verwirkt und sind ebenfalls abzuschieben. Alle rechtskräftig Ausreisepflichtigen müssen unverzüglich abgeschoben werden.

2. Familie als positives Leitbild

Als Anreiz für mehr Kinder wollen wir ein Kinder-Begrüßungsgeld für jedes Neugeborene einführen, um so diejenigen zu unterstützen, die Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern beweisen. Wir sind gegen die einseitige staatliche Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter.

3. Digitales Lernen

Wir setzen uns dafür ein, Schüler ab der Jahrgangsstufe 5 im Rahmen der Lernmittelfreiheit zuzahlungsbefreit mit einem einheitlichen Tabletcomputer auszustatten sowie die Computer und Software für Lehrer in den Schulen zu vereinheitlichen.

4. Gender-Ideologie

Die AfD fordert die sofortige Abschaffung der „geschlechtergerechten“ Sprache in Wort und Schrift. Die entsprechende Nutzung hat in allen Behörden sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu unterbleiben.

5. Kommunale Unterbringung und Familiennachzug

Die Anzahl der unterzubringenden Asylsuchenden überfordert die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Deshalb sollen Gemeinden ihre Aufnahmekapazität für Flüchtlinge und Asylbewerber eigenverantwortlich festlegen. Dabei sollen nur Asylbewerber zugewiesen werden, die eine rechtlich sichere Bleibeperspektive haben. Darüber hinaus fordert die AfD die vollständige Finanzierung aller Aufwendungen durch den Bund.

6. Generationengerechte Finanzpolitik

Die AfD steht für einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die strikte Einhaltung der Schuldenbremse. Wir setzen uns für eine höhere Transparenz bei der Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Deshalb wollen wir keine als Sondervermögen getarnten Schuldentöpfe zulassen.

7. Bürgerbelastung reduzieren

Der finanzielle Spielraum der Gemeinden ist so auszuweiten, dass die verwaltungsaufwendige Grundsteuer bundesweit abgeschafft werden kann. Bis dahin setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, die Grundsteuer zu deckeln. Die AfD fordert die Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf selbst genutzten Wohnraum und setzt sich für eine komplette Abschaffung der Straßenbaubeiträge in allen hessischen Kommunen ein.

8. Autobahnausbau

Um dem Verkehrsaufkommen im Transitland Hessen zukunftsicher gerecht zu werden, fordern wir den bedarfsgerechten Ausbau der Hauptverkehrsachsen A3, A4, A5 und A7 auf sechs Spuren und der A3 und A5 in der Metropolregion Rhein-Main auf acht Spuren.

9. Mieterprivatisierung bedeutet Freiheit durch Eigentum

Staatliche Wohnungsunternehmen sollen dazu verpflichtet werden, ihre Wohnungsbestände der Mieterprivatisierung zuzuführen. Jeder Mieter soll das Recht erhalten, die von ihm bewohnte Wohnung zu erwerben.

10. Technologieoffene Forschung und Entwicklung

Die AfD fordert den Weiterbetrieb aller sicheren und wirtschaftlich nutzbaren Kernkraftwerke in Deutschland sowie die Neuerrichtung von Kernkraftwerken der Generationen 3 und 4. Die AfD fordert eine technologie- und ergebnisoffene Begleitung von Wasserstoff- und Energiespeicherprojekten sowie kritische Reflektion der Ergebnisse. Die Weiterentwicklung synthetischer Treibstoffe muss gefördert werden, um den dauerhaften Einsatz von Verbrennungsmotoren und der gesamten Infrastruktur zu ermöglichen.

11. Medizinische Versorgung

Die AfD setzt sich für verbesserte Arbeitsbedingungen und eine höhere Vergütung bei Pflegekräften und Hebammen ein. Die AfD fordert zur Behebung des Ärztemangels im ländlichen Raum die Schaffung ausreichender Studien- und Anschlussstudienplätze sowie die Vergabe von Stipendien bei Facharztweiterbildung auf dem Land.

12. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Die AfD fordert tiefgreifende Reformen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die zum Ziel haben, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und einen kostenfreien „Grundfunk“ in der Größenordnung von ca. einem Zehntel des jetzigen Programmumfangs zu ermöglichen.

Innere Sicherheit und Rechtstaatlichkeit

Die Schaffung und Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit sind Kernaufgaben unseres Staats. Sie garantiert ein friedliches und geordnetes Zusammenleben der Menschen in unserem Land. Wir werden dafür Sorge tragen, dass Hessen ein starkes und wehrhaftes Land wird, das seine Bürger vor Gewalt, Kriminalität und Terror schützt sowie Recht und Ordnung durchsetzt und aufrechterhält. Wir fordern eine Kriminalstatistik, die ehrlich, eindeutig und umfassend die Realität darstellt. Der Bürger hat ein Anrecht auf alle Zahlen und Fakten: Mehrfache Staatsbürgerschaften sind zu erfassen und entsprechend auszuweisen.

Sicherheit

Zur Steigerung der Sicherheit für die Bevölkerung fordern wir eine für alle Bürger wahrnehmbare Polizeipräsenz und geeignete technische Hilfsmittel an öffentlichen Plätzen und Einrichtungen. Angsträume und No-go-Areas dürfen in unserem Land nicht geduldet werden.

Kriminalitätsschwerpunkte

Kriminelle Organisationen müssen gezielt und nachhaltig bekämpft werden. Hierzu sind umfangreich neue Stellen bei Polizei und Justiz, speziell für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Geldwäsche-kriminalität, einzurichten. Sexueller Kindesmissbrauch, Kinderpornografie, Kinderprostitution und Kinderhandel sind entschieden zu verfolgen. Verurteilte Sexualtäter,

die eine nicht kalkulierbare Gefahr darstellen, sind über eine Haftstrafe hinaus in Sicherungsverwahrung zu nehmen. Die gewaltsame Austragung von Konflikten anderer Länder darf sich nicht auf Deutschland ausweiten. Ausländische Extremisten und Gefährder sind konsequent abzuschieben und mit einem dauerhaften Einreiseverbot zu belegen.

Polizei

Die Polizei soll mit einer Ausstattung, die der Sicherheitslage und den gestiegenen Anforderungen an den täglichen Dienst entspricht, ausgerüstet und regelmäßig weitergebildet werden. Um qualifizierte junge Menschen und Seiteneinsteiger für den Polizeiberuf zu begeistern, bedarf es einer besseren Bezahlung und attraktiver Sozialleistungen.

Justiz

Um eine politische Einflussnahme zu unterbinden, sollen Staatsanwälte ebenso wie Richter nicht mehr vom Justizministerium eingestellt werden. Die Unabhängigkeit der Justiz muss durch eine Selbstverwaltung gestärkt werden. Wir fordern eine signifikante Aufstockung des Personals bei Richtern, Staatsanwälten und Verwaltungsangestellten; ebenso den Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs. Nur so kann gewährleistet werden, dass die Verfahrensdauer bei den Gerichten erheblich verkürzt wird und Fristen gewahrt bleiben. Die AfD fordert die Einführung eines Straftatbestands der Ämterpatronage.

Demokratie

Die AfD spricht sich beim Landtagswahlrecht für eine „freie Listenwahl“ mit der Möglichkeit der Stimmkumulation aus. Die AfD setzt sich dafür ein, dass Abgeordnete als Parlamentsmitglieder nicht zugleich Mitglied einer Regierung als Spitze der Exekutive sein dürfen. Die AfD wird sich dafür einsetzen, den Rechtsstatus des „politischen Beamten“ in Hessen ersatzlos abzuschaffen. Versuche der Beeinflussung des Landesamts für Verfassungsschutz im parteipolitischen Interesse müssen entschieden unterbunden werden.

Katastrophenschutz

Katastrophenwarnungen und -alarmierungen sind engmaschig zu gewährleisten. Feuerwehren, Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk sind mit modernem Gerät und Technik auszustatten sowie mit Fortbildungen und regelmäßigen Übungen weiterzuqualifizieren. Für schnelle und unbürokratische Hilfe bei Schadensereignissen, wie z.B. bei einer Flutkatastrophe, wollen wir einen Notfallfonds einrichten.

Ehrenamt

Die zahlreichen, zumeist auf kommunaler Ebene ehrenamtlich Tätigen verdienen höchste gesellschaftliche Anerkennung. Die steuerfreien Ehrenamtszuschüsse und die Aufwandsentschädigungen sind an die steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen.

Familie

Familie als positives Leitbild

Der Schutz der traditionellen Familie als Keimzelle der Gesellschaft muss wieder in das Zentrum der politischen Aufmerksamkeit gerückt werden. Steuerliche Entlastung von Familien und erhöhter Schutz ungeborenen Lebens müssen Bestandteil einer aktiven Bevölkerungspolitik sein. Als Anreiz für mehr Kinder wollen wir ein Kinder-Begrüßungsgeld für jedes Neugeborene einführen, um so diejenigen zu unterstützen, die den Mut zu Kindern und Verantwortung als Eltern beweisen. Wir fordern, dass Krippen und Kindergärten inklusive Mittagsverpflegung ab dem ersten Kind kostenlos sind.

Frühkindliche Bindung

Gerade kleine Kinder haben ein Recht auf Schutz und Aufmerksamkeit – und auf eine Erziehung im Kreis der Familie und nicht in Ganztagskrippen. Wir sind deshalb gegen die einseitige staatliche Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. Der Staat muss die elterliche Betreuung genauso finanziell unterstützen wie Kitas und Tagesmütter.

Keine Frühsexualisierung

Wir wenden uns entschieden gegen eine Frühsexualisierung in Kindertagesstätten und Schulen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, alle staatlichen Kampagnen und Programme einzustellen, die eine frühsexualisierte Vereinnahmung von Kindern zum Ziel haben.

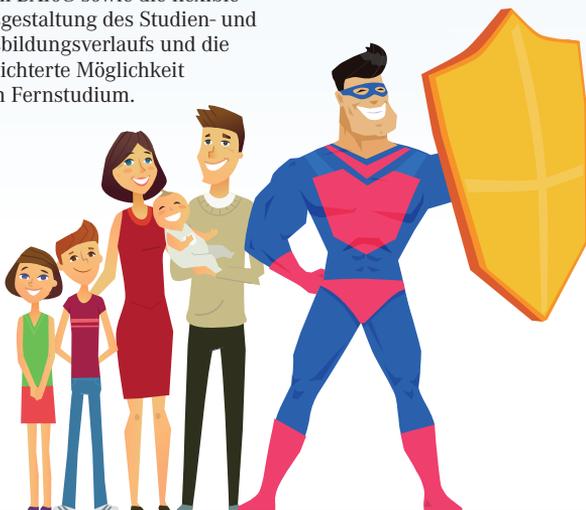
Keine politische Einflussnahme

Die strikte Neutralität von Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern im Rahmen ihrer Tätigkeit muss gewährleistet sein. Die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen soll deren Schulung und Charakterbildung im Sinn einer selbstbestimmten Persönlichkeit dienen. Hier ist kein Platz für politische Einflussnahmen und Indoktrination.

Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf

Die AfD setzt sich für eine Förderung der betriebsinternen/ betriebsnahen Kindergartenbetreuung im Ü3-Bereich ein. Um die Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Studium zu stärken, setzen wir auf Hilfen und Beratung während des Studiums und der Ausbildung. Z. B. durch Kreditgewährung, Wohnungssuche, Kinderbetreuung, Kinderzuschuss beim Bafög sowie die flexible Ausgestaltung des Studien- und Ausbildungsverlaufs und die erleichterte Möglichkeit zum Fernstudium.

Alleinerziehende sind im Alltag besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt und benötigen spezielle Unterstützung. Zudem tragen sie ein hohes Armutsrisiko, was zumeist durch die Betreuungszeiten verursacht wird. Die AfD fordert, dass Mütter und Väter, die zugunsten der Familie keiner geregelten Arbeit nachgehen, keine Benachteiligung erfahren dürfen. Eine gute Grundsicherung, auch ohne ausgeübten Beruf, muss gewährleistet werden. Die AfD setzt sich für die Förderung flexibler Rückkehrmodelle ein. Die AfD lehnt Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab.



Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien

Ein leistungsorientiertes, sozial und fachlich durchlässiges sowie differenziertes System aus verschiedenen Schulformen wie Grund-, Real- oder praxisorientierter Mittelstufenschule, Gymnasium, Förder- und beruflicher Schule bietet die beste Gewähr für die Bildungserfolge unserer Schüler. Wir fordern ausreichend viele qualifizierte Lehrerpersönlichkeiten, vollumfängliche Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln sowie kleine, möglichst leistungshomogene Lerngruppen. Das Abitur muss wieder als Ausweis der allgemeinen Studierfähigkeit gelten; Hauptschulabschluss und mittlere Reife müssen vollumfänglich zu qualifizierter Berufsausbildung im bewährten dualen System befähigen.

Inklusion

Für die in Hessen ausgeübte Praxis, Förderschulen zu schließen, gilt unsere strikte Ablehnung.

Attraktivität Lehrerberuf – Behebung des Lehrermangels

Die Praxis der Kettenarbeitsverträge und der Entlassung in Ferienzeiten muss beendet werden! Zur Entlastung der Lehrer von Verwaltungsaufgaben werden wir die Einstellung von Schulverwaltungsassistenten vorantreiben.

Nein zum bekenntnisorientierten Islamunterricht

Wir wenden uns gegen jede politische und religiöse Einflussnahme durch islamische Moscheeverbände wie Ahmadiyya oder DITIB an unseren Schulen. Ein fundierter, konfessionsfreier Ethikunterricht ist ein sinnvolles alternatives und rechtlich ausreichendes Angebot.

Berufliche Bildung

Das Prinzip der dualen Ausbildung gilt es auf jeden Fall zu erhalten und auszubauen. Die AfD stellt sich gegen die geplante inhaltliche Schwerpunktbildung und Reduzierung von Berufsschulstandorten in Hessen. Die AfD setzt sich für kostenfreie Meisterlehrgänge ein, wenn im Anschluss die berufliche Profession in Hessen ausgeübt wird. Wir wollen die Meisterprämie auf 4.000 Euro erhöhen. Die AfD setzt sich für die Einführung eines Qualifizierungsstudiums für interessierte Handwerks- und Industriemeister ein. Wir fordern einen neu auszugestaltenden und in allen Schulformen verpflichtend anzubietenden Werk- und Arbeitslehreunterricht. Regelmäßige Unternehmenspraktika müssen über die bisherigen zwei Pflichtveranstaltungen hinaus in allen Bildungsgängen zu einem festen Bestandteil des schulischen Alltags in Hessen werden.

Digitalisierung

Eine stabile und schnelle WLAN-Anbindung sollte in allen Klassenräumen in Hessen eine Selbstverständlichkeit sein. Wir setzen uns dafür ein, Schüler ab der Jahrgangsstufe 5 im Rahmen der Lernmittelfreiheit zuzahlungsbefreit mit einem einheitlichen Tablet-Computer auszustatten sowie die Computer und Software für Lehrer in den Schulen zu vereinheitlichen. In den weiterführenden Schulen muss ein verpflichtender Informatikunterricht eingeführt werden.

Hochschulen

Wir fordern an hessischen Hochschulen Eignungstests vor der Zulassung zu einem Studiengang. Diese sind nach dem Leistungsprinzip zu gestalten. Die Förderung ideologisch aufgeladener Studiengänge wie „Gender Studies“ lehnen wir ab. Sie leisten keinen Beitrag für unsere Volkswirtschaft. Zudem fordern wir die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger. Diese Einnahmen wollen wir vollständig in die hessischen Universitäten investieren. Prekäre Arbeitsverhältnisse an Hochschulen sind zugunsten unbefristeter Stellen abzubauen.

Gender-Ideologie

Die AfD fordert die sofortige Abschaffung der „geschlechtergerechten“ Sprache in Wort und Schrift. Die entsprechende Nutzung hat in allen Behörden sowie im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu unterbleiben.

Kulturpolitik

Die AfD setzt sich für den Erhalt der deutschen kulturellen Identität als Leitkultur ein. Die deutsche Sprache ist eines unserer wichtigsten Kulturgüter überhaupt. Sie dient uns als Identitätsmerkmal und ist unter allen Umständen zu erhalten. Von Migrant*innen, die dauerhaft in Deutschland leben wollen, ist zu fordern, dass sie die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Ideologisch einseitig geprägte Kultureinrichtungen werden von der schwarz-grünen Landesregierung mit hohen

finanziellen Förderungen unterstützt. Diese Einflussnahmen und einseitigen Bevorteilungen sind sofort zu beenden. Wir fordern die Wiedereinführung des Schulfachs „Heimatkunde“ in den hessischen Schulen.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Eine öffentlich-rechtliche Berichterstattung muss frei von politischen und ideologischen Einflüssen sein. Die AfD fordert tiefgreifende Reformen in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die zum Ziel haben, den Rundfunkbeitrag abzuschaffen und einen kostenfreien „Grundfunk“ in der Größenordnung von ca. einem Zehntel des jetzigen Programmumfangs zu ermöglichen.



Zuwanderung, Asyl und Staatsangehörigkeit

Einwanderung und Asylgewährung haben seit 2015 eine neue Dimension erreicht. Ungeachtet der Gesetzeslage wurde eine nicht zu rechtfertigende Masseneinwanderung nie gekannten Ausmaßes zugelassen. Die Umsetzung des UN-Flüchtlingspakts und des UN-Migrationspakts lehnen wir ab. Denn in letzter Konsequenz bedeutet das, dass ein EU-Land eigene nationale Interessen nicht vor die Interessen von Einwanderern stellen kann.

Zuwanderung muss sich an nationalen Interessen orientieren

Qualität und Quantität von Einwanderung selbst zu bestimmen, ist unverzichtbarer Teil staatlicher Souveränität. Wir wollen selbst entscheiden, wer zu uns kommt. Der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland muss durch entsprechende Maßnahmen entgegen gewirkt werden.

Keine weitere Einwanderung in die Sozialsysteme

Das hohe Niveau der deutschen Sozialleistungen zieht aus anderen EU-Staaten, vor allem aber aus Drittstaaten, Armutszuwanderer an. Wir stehen für ein Ende des Missbrauchs des Asylgrundrechts.

Die AfD priorisiert die Errichtung von Auffangzentren außerhalb der EU-Staaten. Um den Anreiz der Einwanderung in die Sozialsysteme zu beenden, werden Geldleistungen an Asylbewerber, soweit gesetzlich zulässig, durch Sachleistungen ersetzt.

Sichere Identifizierung von Migrant*innen ermöglichen

Unbegleitete „minderjährige“ Ausländer (UMA) sind häufig bereits volljährig. Die AfD fordert, dass alle zur Verfügung stehenden medizinischen Möglichkeiten verpflichtend angewandt werden, um das wahre Alter der UMA festzustellen. Die AfD fordert die Schaffung der rechtlichen und technischen Voraussetzungen, um allen zuständigen Behörden länderübergreifend die Möglichkeit zu geben, zweifelsfrei festzustellen, ob eine Person schon andernorts unter abweichenden Daten registriert ist. Falsche Angaben oder eine Verweigerung der Mitarbeit bei der Feststellung der Identität müssen zu einer ungehinderten Abschiebung führen.

Abschiebung forcieren

Asylbewerber, die bei Straftaten mit einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt wurden oder Reisen in

ihre Heimatländer unternehmen, haben ihren Schutzstatus als Asylbewerber verwirkt und sind ebenfalls abzuschicken. Alle rechtskräftig Ausreisepflichtigen müssen unverzüglich abgeschoben werden. Kirchenasyl und vergleichbare Verhinderungen von Abschiebungen sind zu unterbinden. Ländern, die eine Rücknahme ihrer Staatsangehörigen, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde, verweigern, ist jede weitere finanzielle Unterstützung zu streichen. Ländern, die zur Aufnahme von abgelehnten staatenlosen Asylbewerbern bereit sind, ist hingegen eine finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Kommunale Unterbringung und Familiennachzug

Die Anzahl der unterzubringenden Asylsuchenden überfordert die Leistungsfähigkeit der Kommunen. Deshalb sollen Gemeinden ihre Aufnahmekapazität für Flüchtlinge und Asylbewerber eigenverantwortlich festlegen. Dabei sollen nur Asylbewerber zugewiesen werden, die eine rechtlich sichere Bleibeperspektive haben. Darüber hinaus fordert die AfD die vollständige Finanzierung aller Aufwendungen durch den Bund.



Staatsbürgerschaft durch Abstammung

Die AfD lehnt den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft durch Geburt in Deutschland (ius soli) ab. Die AfD will das Geburtsortsprinzip beenden und zu den Regeln zurückkehren, die vor den Änderungen im Jahr 2000 bestanden (ius sanguinis) und wie es in zahlreichen europäischen Staaten gilt. Wer sich um den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft bewirbt, muss seine bisherige Staatsangehörigkeit aufgeben. Wir verlangen eine eindeutige Zuwendung zu unserem Land.

Transparenz bezüglich der Schattenseiten der Migration

Die AfD fordert eine umfassende Transparenz bezüglich der Integration von Migranten aus den einzelnen Herkunftsländern. Dabei geht es vor allem um statistische Erhebungen und regelmäßig veröffentlichte Auswertungen für die Bereiche Arbeitsmarkt, Transferleistungen, Bildung und Kriminalität. Zusätzlich fordert die AfD umfassende Erhebungen und Auswertungen darüber, in welchem Ausmaß bestimmte Migrantengruppen dazu beitragen, unseren Wohlstand zu mehren, oder aber Wohlstandsverluste bewirken.

Der Islam gehört weder zu Deutschland noch zu Hessen

Der Islam hat unsere Geschichte und Kultur nicht geprägt. Er ist als politische Religion mit unserem abendländischen Staatsverständnis nicht vereinbar und darf in keiner Weise Anwendung in der deutschen Rechtsprechung finden. Die AfD sagt Nein zu Verschleierung, Kopftuch, Scharia, Minarett und Muezzinruf. Die im Ausland vielfach geschlossenen und in Deutschland tolerierten Viel- und Kinderehen sind gesetzeswidrig und müssen als solche behandelt werden.

Wirtschaft und Finanzen

Die soziale Marktwirtschaft ist die Grundlage einer freien, demokratischen Gesellschaft. Diese bewährte Wirtschaftsordnung, zu der auch der uneingeschränkte Erhalt des Bargelds gehört, wollen wir bewahren, wiederherstellen und weiterentwickeln. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Regelungen der Hessischen Gemeindeordnung zur Begrenzung staatlicher Wirtschaftstätigkeit strikt eingehalten werden. Die AfD tritt der EU-Taxonomie entgegen und lehnt die ausufernde Berichtsbürokratie ab. Wir wollen kleinere Betriebe von Berichtspflichten, statistischen Auskunftsverfahren und einengenden arbeitsrechtlichen Vorschriften entlasten.

Handwerk stärken

Die AfD will die einseitige Favourisierung akademischer Ausbildungsgänge beenden und das gesellschaftliche Ansehen nicht akademischer Ausbildungsgänge stärken. Die AfD setzt sich insbesondere dafür ein, dass der dualen Berufsausbildung die gleiche Wertschätzung entgegengebracht wird wie einem akademischen Abschluss.

Generationengerechte Finanzpolitik

Die AfD steht für einen ausgeglichenen Staatshaushalt und die strikte Einhaltung der Schuldenbremse. Mit ihrer ausufernden Verschuldung gefährdet die Landesregierung den Wohlstand der zukünftigen Generationen in Hessen. Um diesem Trend entgegenzuwirken, müssen alle Ausgaben des Landes Hessen auf den Prüfstand gestellt werden. Wir setzen uns für eine höhere Transparenz bei der Finanzierung öffentlicher Vorhaben ein. Deshalb wollen wir keine als Sondervermögen getarnten Schuldentöpfe zulassen. So konnte die AfD bereits in der ablaufenden Wahlperiode mit einer Klage vor dem Hessischen Staatsgerichtshof das verfassungswidrige „Corona-Sondervermögen“ der schwarz-grünen Koalition erfolgreich verhindern. Wir fordern die Überprüfung der Mechanismen zur Schaffung von Transparenz bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Skandale wie in der AWO in Frankfurt am Main und Wiesbaden dürfen sich nicht wiederholen. Die Privatisierung von Einrichtungen zur öffent-

lichen Daseinsvorsorge darf nur durch Bürgerentscheide möglich werden. Wir fordern den Abbau von Subventionen: Das intransparente Subventionswirrwarr in Hessen muss mit allen Fördermaßnahmen, Prozessen und Institutionen auf den Prüfstand gestellt werden. Förderprogramme brauchen eine systematische Erfolgskontrolle und Konzentration der Mittel auf Effektivität bei der Zielerreichung.

Bürgerbelastung reduzieren

Der finanzielle Spielraum der Gemeinden ist so auszuweiten, dass die verwaltungsaufwendige Grundsteuer aufwendig abgeschafft werden kann. Bis dahin setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, die Grundsteuer zu deckeln. Die AfD fordert die Abschaffung der Grunderwerbsteuer auf selbst genutzten Wohnraum und setzt sich für eine komplette Abschaffung der Straßenbaubeiträge in allen hessischen Kommunen ein.



Soziales

Die AfD fordert die Gewährung von Bürgergeld- und Sozialhilfeleistungen unter strenger Beachtung der tatsächlichen Bedürftigkeit und der gesetzlich verankerten Sanktionsmöglichkeiten sowie ihrer Anpassung auf Basis der Preisentwicklung.

Stärkung von Weiterbildungs- und Umschulungsangeboten

Die AfD fordert einen umfangreichen Ausbau der Weiterbildungsmaßnahmen für SGB-II-Leistungsbezieher. Sie sind zudem durch umfassende staatliche Kontrollen der Anbieter entsprechender Maßnahmen zu begleiten.

Arbeitsmarktintegration von Menschen mit körperlichen und geistigen Behinderungen

Die AfD fordert die Anhebung der Ausbildungs- und Arbeitsvergütungen für Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen unter Gewährung höherer Freibeträge im Transferleistungsbezug. Wir fordern die staatliche Begünstigung von Ausbildungs- und Beschäftigungsbetrieben, insbesondere durch eine Ausweitung der sogenannten Ausgleichsabgabe.

Umgehung der Sozialversicherungspflicht

Der Umgehung der gesetzlichen Sozialversicherungspflicht durch eine Auslagerung oder den Abschluss von Werkverträgen ist durch eine stärkere Kontrolle entgegenzuwirken.

Eigenständiges Leben im Alter

Die AfD möchte die Errichtung altersgerechter Wohnräume und Wohnumfelder verstärkt fördern. Senioren sind oft in Ehrenämtern engagiert. Diese Arbeit muss z. B. durch Aufwandsentschädigungen oder Wegegeld gewürdigt werden.

Gewalt durch Zuwanderung und patriarchale Strukturen

Die AfD stellt fest, dass durch verstärkte Zuwanderung nicht nur patriarchale Familienstrukturen, sondern auch die Durchführung von Genitalverstümmelungen bei Mädchen und Frauen zu einem ernst zu nehmenden Problem geworden sind. Wir fordern, Präventionskonzepte weiterzuentwickeln sowie Ärzte bei Feststellung solcher Verstümmelung zu verpflichten, diese an die entsprechenden Behörden zu melden. Die AfD möchte die Aufnahme von Mädchen und Frauen, die sich aus gewaltsamen Familien entziehen wollen, sicherstellen. Daher ist es wichtig, Frauenhäuser sowie Interventions- und Beratungsstellen baulich zu erneuern und zu erweitern sowie fortlaufend zu fördern.

Sexueller Missbrauch

Die AfD fordert eine Verstärkung von Aufklärung und Präventivmaßnahmen bezüglich sexuellen Missbrauchs, damit die Opfer Gehör und vor allem Hilfe finden. Eine Sensibilisierung von Eltern, Erziehern und Lehrern ist zwingend erforderlich.

Barrierefreiheit

Die Barrierefreiheit ist in Hessen vielerorts, besonders im öffentlichen Raum, speziell an Bus-, Tram- und Bahnhaltstellen, nicht gegeben und daher dringend verbesserungswürdig.

Verkehr, Infrastruktur und Wohnen



Freie Wahl des Verkehrsmittels

Die Sicherstellung der individuellen Mobilität aller Bürger mit einem zukunftsfähigen Verkehrskonzept ist das Kernanliegen der AfD Hessen. Die freie Wahl des Verkehrsmittels, zu der auch die Nutzung von Verbrennungsmotoren gehört, ist für uns ein fundamentales Bürgerrecht.

Mündige Bürger statt staatlicher Bevormundung

Ein generelles Tempolimit auf den Bundesautobahnen lehnen wir genauso ab wie generelles Tempo 30 im innerstädtischen Bereich. Beide Verbote bringen nachweislich weder eine Reduktion der Verkehrsunfälle noch eine nennenswerte Verringerung der Schadstoffe oder der Geräuschemissionen.

Autobahnausbau

Um dem Verkehrsaufkommen im Transitland Hessen zukunftssicher gerecht zu werden, fordern wir den bedarfsgerechten Ausbau der Hauptverkehrsachsen A3, A4, A5 und A7 auf sechs Spuren und der A3 und A5 in der Metropolregion Rhein-Main auf acht Spuren.

Luftverkehr

Wir möchten den Frankfurter Flughafen im internationalen Wettbewerb zu anderen europäischen Drehkreuzen durch mehr Investitionen und attraktive Verkehrsverbindungen stärken. Wir sind der Auffassung, dass mit dem Nachtflugverbot zwischen 23 und 5 Uhr ein guter Ausgleich wirtschaftlicher und umweltpolitischer Interessen getroffen wurde.

Mieterprivatisierung bedeutet Freiheit durch Eigentum

Wohneigentum trägt zum Vermögensaufbau bei. Staatliche Wohnungsunternehmen sollen dazu verpflichtet werden, ihre Wohnungsbestände der Mieterprivatisierung zuzuführen. Jeder Mieter soll das Recht erhalten, die von ihm bewohnte Wohnung zu erwerben.

Wohnen muss weiter für Einheimische möglich sein

Einheimische sind in prosperierenden Ballungsräumen einem großen Wettbewerb durch auswärtige Konkurrenz um Wohnraum ausgesetzt. Dieser Entwicklung soll durch die Bevorzugung Einheimischer bei der Vergabe von Grundstücken und Wohnungen nach dem Einheimischenmodell entgegengewirkt werden.

Menschen statt Steine fördern

Der „soziale“ Wohnungsbau führt zu Fehlbelegungen, da ein großer Teil der Bewohner im Lauf der Zeit nicht mehr anspruchsberechtigt ist. Wegen dieser Fehlbelegung und mangels ausreichender Sozialwohnungen ist die Mehrzahl der tatsächlich Anspruchsberechtigten unterversorgt. Es ist daher viel sinnvoller, einkommensschwache Mieter bedarfsgerecht mit Wohngeld zu fördern. Die Förderung erfolgt hier nur, solange die Bedürftigkeit besteht. So gibt es keine Fehlbelegung und die soziale Durchmischung ist gewährleistet.

Anbindung des ländlichen Raums

Rund die Hälfte aller Hessen wohnt im ländlichen Raum. Daher muss die Infrastruktur bedarfsgerecht und zukunftsfähig ausgebaut werden. Der öffentliche Verkehr muss besser vernetzt und getaktet werden. Wo nötig, müssen Straßen neu gebaut werden, um Straßenlücken zu schließen.

Energiepolitik und Digitalisierung

Unterbrechungsfreie und jederzeit verfügbare Energie zu international konkurrenzfähigen Preisen ist essenziell für ein hoch entwickeltes Industrieland. Die AfD setzt sich dafür ein, marktverzerrende Eingriffe zur Durchsetzung der Energiewende grundsätzlich zu unterlassen. Nur so können Strukturbrüche in Industrie und Mittelstand sowie Wohlstandsverluste bei den Bürgern verhindert werden. Die AfD fordert die Beendigung politisch motivierter Außerbetriebnahmen betriebssicherer und grundlastfähiger Kraftwerke und die Wiederinbetriebnahme sowie Neuerrichtung anhand von Sicherheits- und Umweltverträglichkeitsprüfungen – ohne „politische Scheuklappen“. Das Land in eine Energie-mangelsituation zu führen, wie geschehen, halten wir für grob fahrlässig.

Kein weiterer Ausbau der „Erneuerbaren“

Die „Energiewende“ ist gescheitert – Windkraft- und Solaranlagen erzeugen große Risiken für den Netzbetrieb. Es sind inzwischen mehr als 10.000 Netzeingriffe pro Jahr notwendig, um das Stromnetz stabil zu halten. Die AfD fordert daher einen Ausbaustopp für Windkraft- und Solaranlagen. Diese sollen zukünftig nur noch „netzdienlich gefahren“ werden. Ungesteuerte Maximaleinspeisung darf nicht länger Erlösmaximierung bedeuten. Wir brauchen Kraftwerke, die stetig, planbar und

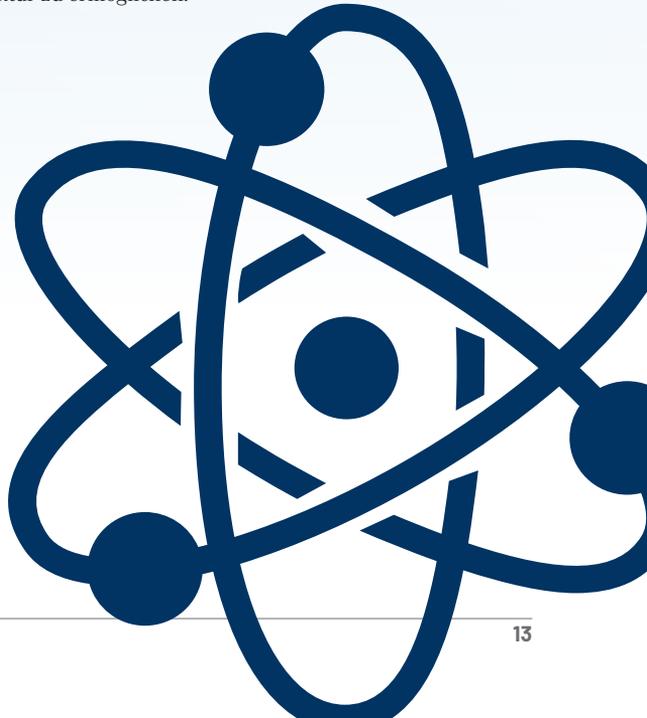
unabhängig von Witterungseinflüssen Strom und ggf. Wärme liefern (Grundlastfähigkeit). So wird das Stromnetz stabilisiert, und Stereonormalfälle werden weitestgehend vermieden.

Technologieoffene Forschung und Entwicklung

Die AfD fordert den Weiterbetrieb aller sicheren und wirtschaftlichen Kernkraftwerke in Deutschland sowie den Bau von Kernkraftwerken der Generationen 3 und 4. Die AfD fordert eine technologie- und ergebnisoffene Begleitung von Wasserstoff- und Energiespeicherprojekten sowie kritische Reflektion der Ergebnisse. Die Weiterentwicklung synthetischer Treibstoffe muss vorangetrieben und gefördert werden, um den dauerhaften Einsatz von Verbrennungsmotoren und der gesamten Infrastruktur zu ermöglichen.

Digitalisierung

Die AfD fordert eine Konzentration der Mobilfunkförderung im ländlichen Raum sowie eine flächendeckende Glasfaser-versorgung. Die kurzfristige Priorität lautet „Breitband für alle“ – auch über Kupfer. Zensur darf in einem Rechtsstaat nur Ultima Ratio sein. Das Strafrecht bietet genug Handhabe gegen „Hass und Hetze“ im Internet und in den sozialen Medien. Die AfD fordert, die Bürgerbeteiligung durch digitale Bürgerentscheide zu stärken. Wir stehen für die Standardisierung digitaler, behördlicher Vorgänge und Formulare auf Grundlage des Onlinezugangsgesetzes (OZG). Verwaltungsvorgänge müssen vollständig digitalisiert und dürfen nicht nur als digitale Fassade errichtet werden.



Landwirtschaft

In den nächsten Jahren ist wegen zunehmender Einschränkungen beim Pflanzenschutz, der Düngung sowie der Erweiterung der ökologischen Landwirtschaft mit massiven Ernteertragsrückgängen zu rechnen. Die Ernährungssicherheit durch Eigenversorgung in Deutschland ist nicht mehr gewährleistet. Die AfD fordert eine gezielte Förderung familiärer und mittelständischer Betriebe durch eine degressive Flächenförderung. Die AfD lehnt die von der EU vorgeschlagenen Richtlinien zum Verbot von Pflanzenschutzmitteln in sogenannten „empfindlichen Gebieten“ und zum verminderten Einsatz von Düngemitteln ab. Die AfD fordert, die Verwertung von Lebensmitteln in Biogasanlagen nicht mehr zu fördern.

Acker statt Administration

Die AfD setzt sich insbesondere für eine Verschlinkung administrativer Anforderungen an kleine Betriebe ein, z. B. bei der Direktvermarktung. Wir fordern beschleunigte Flurbereinigungsverfahren und eine Reform der derzeit ungerechtfertigten Dopplung von Grunderwerbsteuer bei der Ausübung von Vorkaufsrechten oder Flächentausch.

Pflanzenschutzmittel und Versiegelung

Die AfD fordert, Schutzgebiete so zu gestalten, dass landwirtschaftliche Flächen davon ausgenommen werden. Pflanzenschutz muss auch weiterhin möglich sein. Auf gesundheitliche Unbedenklichkeit ist dabei streng zu achten. Die Versiegelung ertragreicher Flächen ist nur in gut begründeten Ausnahmefällen zu gestatten.

Verbraucherschutz

Die AfD fordert eine eindeutige Haltungs- und Herkunftsbezeichnung von Fleischimporten und setzt sich für gut sichtbare und für Laien verständliche Deklarationen auf Konsumgütern ein. Die AfD fordert das Verbot von Insektenzusätzen in Lebensmitteln.

Trinkwasser

Die AfD fordert, den Nitratgehalt nur im Einzugsgebiet von Trinkwasserquellen zu regulieren und bei Überschreitung von Grenzwerten gezielt nach den Verursachern zu suchen, statt ganze Gebiete zu roten Zonen zu erklären.

Tierschutz

Betäubungsloses Schlachten (rituelles Schächten, Halal-Schlachten usw.) ist ausnahmslos zu untersagen.

Jagd und Forst

Die AfD versteht Jagd als notwendiges Regulativ aufgrund wildbiologischer Erkenntnisse und land- bzw. forstwirtschaftlicher Erfordernisse im Sinn des gestaltenden Naturschutzes. Die AfD fordert die Bestandsregulierung des Wolfs und die Ausweisung von Wolfsgebieten. Die AfD missbilligt die FSC-Zertifizierung des Staatswalds. Wir setzen uns dafür ein, wieder die bisherige Zertifizierung (PEFC) zu übernehmen.



Gesundheit

Ein gutes Gesundheitswesen bedeutet bestmögliche, wohnortnahe, zeitnahe Behandlung und Versorgung im Krankheitsfall sowie menschenwürdige Betreuung im Pflegefall, auch im Krisenfall.

Krankenhausversorgung

Wir setzen uns für den weitgehenden Erhalt und gegen eine Privatisierung der kommunalen Krankenhäuser sowie für eine bedarfsgerechte Finanzierung und für den Abbau des aufgelaufenen Investitionsstaus ein. Kinderkliniken sollen ein eigenständiges Investitionsbudget in der Krankenhausfinanzierung erhalten. 24-Stunden-Bereitschaftsdienste in hessischen Kliniken sind unzumutbare Arbeitsbedingungen für das Personal und stellen ein Risiko für die Patienten dar. Wir wollen diese abschaffen. Wir fordern die lückenlose Einführung von Tests in allen Krankenhäusern auf multiresistente Keime.

Ambulante Versorgung

Die AfD hält die wohnortnahe, ambulante Behandlung durch Praxen und individuellen Arzt-Patienten-Kontakt für die bestmögliche Versorgung der Menschen vor Ort. Wir fordern eine Aufhebung der Budgetierung und den

Erhalt der Neupatientenregelung. Die Regressforderungen von Krankenkassen in Hessen an niedergelassene Ärzte sind komplett abzulehnen. Die AfD fordert, dass für Hausärzte Leistungsprämien, Inflationsausgleich, Neupatientenregelung und „Disease-managementprogramme“ verbessert werden und erhalten bleiben sollen.

Sicherung des Hebammenberufs

Die AfD setzt sich dafür ein, dass Hebammen wesentlich besser vergütet werden. Nur so kann langfristig dem Mangel an Hebammen für die Wochenbettbetreuung entgegengewirkt und eine flächendeckende Grundversorgung aller Schwangeren gewährleistet werden.

Ärztmangel beheben

Die AfD Hessen fordert zur Behebung des Ärztemangels im ländlichen Raum die Schaffung ausreichender Studien- und Anschlussstudienplätze insbesondere im zweiten Teil des Medizinstudiums sowie die Vergabe von Stipendien bei Facharztweiterbildung auf dem Land.

Untersuchungsausschuss Corona

Wir fordern einen Untersuchungsausschuss „Corona“ für die nächste Wahlperiode.

Palliative Versorgung

Wir setzen uns für den vorausschauenden und flächendeckenden Ausbau ambulanter und stationärer palliativer Versorgungsangebote ein.

Telemedizin

Die AfD setzt sich für den Ausbau der Telemedizin ein. Sie soll verstärkt in die Regelversorgung eingebunden werden. Innovative Einrichtungen wie Telenotarzt, e-AUF, oder E-Rezept, Know-how-Transfer sowie die Zusammenarbeit im Gesundheitswesen müssen gefördert werden.

Sicherstellung menschenwürdiger Pflege

Dem Personalmangel soll durch optimierte Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und eine gezielte Anwerbung qualifizierter Personen begegnet werden.

Gesundheitsprävention durch Sport

Die AfD Hessen fordert den verstärkten Ausbau eines klaren sportpolitischen Konzepts sowie eine „Landesoffensive Sport“.

**LANDTAGSWAHL
AM 8. OKTOBER 2023**

WIR SETZEN GRENZEN!

**Sie haben kein Vertrauen mehr in die Politik der Altparteien?
Dann unterstützen Sie uns!
Werden Sie Mitglied, Förderer oder Spender!**

Bitte im Verwendungszweck „Wahlkampfspende“ und auf dem Einzahlungsbeleg die vollständige Adresse für eine Spendenquittung angeben.

SPENDENKONTO: AfD Landesverband Hessen

IBAN: DE19 5007 0024 0807 3090 05

Deutsche Bank

BIC: DEUTDE33HAN



www.afd-hessen.de

